

Antrag 158/I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Guten Morgen, Maystero!****1 Zwischen Hoffnung und Herausforderung: Das harte Leben der Gastarbeiter*innen in der Bundesrepublik**

2
3 Mit dem ersten Anwerbeabkommen 1955, welches die
4 BRD unter der Kanzlerschaft Adenauers abgeschlossen
5 hat, kamen Menschen aus Italien in die Bundesrepublik
6 zum Arbeiten. Die mit US-amerikanischen Hilfen boomende
7 Wirtschaft kam an ihr Limit, das sich nur durch die
8 Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland ver-
9 setzen konnte. Aus diesem Grund entschied sich die da-
10 malige Koalition aus konservativen Parteien dazu, Men-
11 schen aus dem Ausland für Arbeiten in der Bundesrepub-
12 lik „anzuwerben“. Das deutsch-italienische Abkommen
13 blieb nicht das einzige, es folgten zahlreiche weitere Ab-
14 kommen mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko,
15 Portugal, Tunesien und Jugoslawien. Die meist, nicht aus-
16 gebildeten Menschen übernahmen allerlei Tätigkeiten in
17 Branchen, bei denen die schlechten Arbeitsbedingungen
18 im Vorhinein bekannt waren. Diese menschenunwürdigen
19 Beschäftigungsverhältnisse manifestierten sich in ge-
20 ringem Lohn, illegaler Anstellung zur Umgehung von So-
21 zialversicherungskosten, verweigertem Urlaubsanspruch
22 und einer Unterbringung, die jeglichen Sanitär- und Hy-
23 gienestandards widerspricht. Noch heute erfahren die
24 Nachfahren der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ von
25 den grausamen Lebensumständen ihrer Eltern oder Groß-
26 eltern, denn die Aufarbeitung seitens der Bundesregie-
27 rung geschieht kaum bis gar nicht.

28
29 In Zeiten wirtschaftlicher Rezession wird oft außer Acht
30 gelassen, wie entscheidend die schwere Arbeit der soge-
31 nannten „Gastarbeiter*innen“ für den aktuellen und ver-
32 gangenen Wohlstand war und ist. Trotzdem wird ihr Bei-
33 trag häufig unterschätzt oder ignoriert, obwohl er einen
34 wesentlichen Teil zur Stabilität und Prosperität unserer
35 Gesellschaft beigetragen hat. Diese Arbeiter*innen haben
36 oft unter schwierigen Bedingungen gearbeitet, und ihr
37 Einsatz hat dazu beigetragen, viele Lücken in verschiede-
38 nen Branchen zu schließen, von der Landwirtschaft bis
39 hin zur Industrie. Ihre Anstrengungen haben nicht nur da-
40 zu beigetragen, die Wirtschaft anzukurbeln, sondern auch
41 die kulturelle Vielfalt bereichert und den sozialen Zusam-
42 menhalt gestärkt. Es ist wichtig, ihre Beiträge anzuerken-
43 nen und zu würdigen, um eine gerechtere und integrati-
44 vere Gesellschaft zu schaffen, die auf den Prinzipien der
45 Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen basiert.

46
47 Bis heute fehlt die Anerkennung für die immense Leis-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Zwischen Hoffnung und Herausforderung: Das harte Leben der Gastarbeiter*innen in der Bundesrepublik**

Mit dem ersten Anwerbeabkommen 1955, welches die
BRD unter der Kanzlerschaft Adenauers abgeschlossen
hat, kamen Menschen aus Italien in die Bundesrepublik
zum Arbeiten. Diemit US-amerikanischen Hilfen boomende
Wirtschaft kam an ihr Limit, das sich nur durch die
Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland ver-
setzen konnte. Aus diesem Grund entschied sich die da-
malige Koalition aus konservativen Parteien dazu, Men-
schen aus dem Ausland für Arbeiten in der Bundesrepub-
lik „anzuwerben“. Das deutsch-italienische Abkommen
blieb nicht das einzige, es folgten zahlreiche weitere Ab-
kommen mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko,
Portugal, Tunesien und Jugoslawien. Die meist, nicht aus-
gebildeten Menschen übernahmen allerlei Tätigkeiten in
Branchen, bei denen die schlechten Arbeitsbedingungen
im Vorhinein bekannt waren. Diese menschenunwürdigen
Beschäftigungsverhältnisse manifestierten sich in ge-
ringem Lohn, illegaler Anstellung zur Umgehung von So-
zialversicherungskosten, verweigertem Urlaubsanspruch
und einer Unterbringung, die jeglichen Sanitär- und Hy-
gienestandards widerspricht. Noch heute erfahren die
Nachfahren der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ von
den grausamen Lebensumständen ihrer Eltern oder Groß-
eltern, denn die Aufarbeitung seitens der Bundesregie-
rung geschieht kaum bis gar nicht.

In Zeiten wirtschaftlicher Rezession wird oft außer Acht
gelassen, wie entscheidend die schwere Arbeit der soge-
nannten „Gastarbeiter*innen“ für den aktuellen und ver-
gangenen Wohlstand war und ist. Trotzdem wird ihr Bei-
trag häufig unterschätzt oder ignoriert, obwohl er einen
wesentlichen Teil zur Stabilität und Prosperität unserer
Gesellschaft beigetragen hat. Diese Arbeiter*innen haben
oft unter schwierigen Bedingungen gearbeitet, und ihr
Einsatz hat dazu beigetragen, viele Lücken in verschiede-
nen Branchen zu schließen, von der Landwirtschaft bis
hin zur Industrie. Ihre Anstrengungen haben nicht nur da-
zu beigetragen, die Wirtschaft anzukurbeln, sondern auch
die kulturelle Vielfalt bereichert und den sozialen Zusam-
menhalt gestärkt. Es ist wichtig, ihre Beiträge anzuerken-
nen und zu würdigen, um eine gerechtere und integrati-
vere Gesellschaft zu schaffen, die auf den Prinzipien der
Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen basiert.

Bis heute fehlt die Anerkennung für die immense Leis-

48 tung und den Beitrag der sogenannten Gastarbeiter*in-
 49 nen, was nicht nur eine Unterbewertung ihrer Arbeit dar-
 50 stellt, sondern auch den rassistischen Charakter des Ka-
 51 pitalismus manifestiert. Diese Arbeiter*innen wurden oft
 52 als bloße „Arbeitskräfte“ betrachtet, ohne ihre menschli-
 53 che Würde und ihre Rechte angemessen anzuerkennen.
 54 Zusätzlich äußert sich der rassistische Charakter des Ka-
 55 pitalismus in der Tatsache, dass Gastarbeiter*innen oft
 56 aus Ländern rekrutiert wurden, die von europäischen Ko-
 57 lonialmächten unterdrückt wurden oder immer noch un-
 58 ter wirtschaftlicher Ausbeutung leiden. Diese Menschen
 59 wurden als „billige Arbeitskräfte“ angesehen und in vie-
 60 len Fällen unter unzureichenden Bedingungen beschäf-
 61 tigt, ohne angemessenen Schutz oder faire Bezahlung.

62
 63 Rassismus und Kapitalismus sind zwingend miteinan-
 64 der verbunden, da Armut und armutsbedingende Fakto-
 65 ren durch Diskriminierungsmechanismen verstärkt wer-
 66 den. Rassismus existiert jedoch auch über kapitalistische
 67 Ausbeutung hinaus. Prinzipiell bedurfte das System ein-
 68 es Narratives, um die Überausbeutung der Gastarbei-
 69 ter*innen zu rechtfertigen. Indem sie als Fremde und
 70 “Geringwertige” bezeichnet und so von der Gesellschaft
 71 ausgeschlossen wurden, konnte man die menschenun-
 72 würdige Ausbeutung plausibel machen. Diese rassisti-
 73 schen Zuschreibungen waren Ausdruck eines Herrschafts-
 74 anspruchs der Gastarbeiter*innen in eine “Pufferfunktio-
 75 on” für das wirtschaftliche System zwingen sollte und
 76 prägten den Alltag der Gastarbeiter*innen auch außer-
 77 halb der Arbeitsstätte. Diese Formen des Rassismus und
 78 der Diskriminierung haben tiefe Spuren hinterlassen und
 79 sind bis heute in unserer Gesellschaft präsent.

80
 81 Es ist wichtig anzuerkennen, dass der Erfolg vieler Indus-
 82 trien und Wirtschaftssektoren in Ländern wie Deutsch-
 83 land, Frankreich oder Belgien eng mit der harten Arbeit
 84 und dem Engagement von Gastarbeiter*innen verbun-
 85 den ist. Ohne ihren Beitrag wäre der wirtschaftliche Auf-
 86 schwung vieler europäischer Länder nicht möglich gewe-
 87 sen. Daher ist es unerlässlich, die Anerkennung für ihre
 88 Leistung zu fordern und gleichzeitig aktiv gegen rassisti-
 89 sche Strukturen und Vorurteile vorzugehen. Nur durch ei-
 90 ne konsequente Ablehnung von Rassismus in allen seinen
 91 Formen können wir eine gerechtere und inklusivere Ge-
 92 sellschaft schaffen, in der die Würde und die Rechte aller
 93 Menschen geachtet werden.

94
 95 Vor allem unsere Stadt wird wie keine andere mit dem
 96 Wirken der Gastarbeitenden in Verbindung gebracht.
 97 Die Geschichte ganzer Bezirke basiert maßgeblich auf
 98 dem kulturellen und alltäglichen Leben dieser Menschen.
 99 Kreuzberg und Neukölln sind Beispiele dafür, wie sich die
 100 Präsenz von Gastarbeiter*innen im Stadtbild manifestiert.

tung und den Beitrag der sogenannten Gastarbeiter*in-
 nen, was nicht nur eine Unterbewertung ihrer Arbeit dar-
 stellt, sondern auch den rassistischen Charakter des Ka-
 pitalismus manifestiert. Diese Arbeiter*innen wurden oft
 als bloße „Arbeitskräfte“ betrachtet, ohne ihre menschli-
 che Würde und ihre Rechte angemessen anzuerkennen.
 Zusätzlich äußert sich der rassistische Charakter des Ka-
 pitalismus in der Tatsache, dass Gastarbeiter*innen oft
 aus Ländern rekrutiert wurden, die von europäischen Ko-
 lonialmächten unterdrückt wurden oder immer noch un-
 ter wirtschaftlicher Ausbeutung leiden. Diese Menschen
 wurden als „billige Arbeitskräfte“ angesehen und in vie-
 len Fällen unter unzureichenden Bedingungen beschäf-
 tigt, ohne angemessenen Schutz oder faire Bezahlung.

Rassismus und Kapitalismus sind zwingend miteinan-
 der verbunden, da Armut und armutsbedingende Fakto-
 ren durch Diskriminierungsmechanismen verstärkt wer-
 den. Rassismus existiert jedoch auch über kapitalistische
 Ausbeutung hinaus. Prinzipiell bedurfte das System ein-
 es Narratives, um die Überausbeutung der Gastarbei-
 ter*innen zu rechtfertigen. Indem sie als Fremde und
 “Geringwertige” bezeichnet und so von der Gesellschaft
 ausgeschlossen wurden, konnte man die menschenun-
 würdige Ausbeutung plausibel machen. Diese rassisti-
 schen Zuschreibungen waren Ausdruck eines Herrschafts-
 anspruchs der Gastarbeiter*innen in eine “Pufferfunktio-
 on” für das wirtschaftliche System zwingen sollte und
 prägten den Alltag der Gastarbeiter*innen auch außer-
 halb der Arbeitsstätte. Diese Formen des Rassismus und
 der Diskriminierung haben tiefe Spuren hinterlassen und
 sind bis heute in unserer Gesellschaft präsent.

Es ist wichtig anzuerkennen, dass der Erfolg vieler Indus-
 trien und Wirtschaftssektoren in Ländern wie Deutsch-
 land, Frankreich oder Belgien eng mit der harten Arbeit
 und dem Engagement von Gastarbeiter*innen verbun-
 den ist. Ohne ihren Beitrag wäre der wirtschaftliche Auf-
 schwung vieler europäischer Länder nicht möglich gewe-
 sen. Daher ist es unerlässlich, die Anerkennung für ihre
 Leistung zu fordern und gleichzeitig aktiv gegen rassisti-
 sche Strukturen und Vorurteile vorzugehen. Nur durch ei-
 ne konsequente Ablehnung von Rassismus in allen seinen
 Formen können wir eine gerechtere und inklusivere Ge-
 sellschaft schaffen, in der die Würde und die Rechte aller
 Menschen geachtet werden. Vor allem unsere Stadt wird
 wie keine andere mit dem Wirken der Gastarbeitenden in
 Verbindung gebracht. Die Geschichte ganzer Bezirke ba-
 siert maßgeblich auf dem kulturellen und alltäglichen Le-
 ben dieser Menschen. Kreuzberg und Neukölln sind Bei-
 spiele dafür, wie sich die Präsenz von Gastarbeiter*innen
 im Stadtbild manifestiert. Die Entstehung von „Kiezen“
 mit türkischen, arabischen oder italienischen Geschäften,

101 Die Entstehung von „Kiezen“ mit türkischen, arabischen
 102 oder italienischen Geschäften, Restaurants und Orte, reli-
 103 giöser Wichtigkeit spiegelt die Vielfalt und den Einfluss
 104 dieser Gemeinschaften wider. Doch ihr Einfluss erstreckt
 105 sich weit über diesen Bereich hinaus. Die Spuren ihrer Ar-
 106 beit sind auch in der Architektur zu finden, sei es durch
 107 den Bau von Wohnhäusern, Fabriken oder öffentlichen
 108 Einrichtungen. Darüber hinaus prägen sie das kulturelle
 109 Leben der Stadt durch Festivals, Märkte und kulturelle Ver-
 110 anstaltungen, die ihre Traditionen und Bräuche zelebrie-
 111 ren. Die Gastarbeitenden haben nicht nur zur wirtschaft-
 112 lichen Entwicklung Berlins, sondern auch zu einem Gefühl
 113 der Gemeinschaft und des Zusammenhalts beigetragen,
 114 indem sie Solidarität untereinander sowie mit den Einhei-
 115 mischen gefördert haben. Ihre Erfahrungen und Geschich-
 116 ten sind integraler Bestandteil der Berliner Identität und
 117 erinnern uns daran, dass unsere Stadt auf dem Einsatz
 118 und den Beiträgen von Menschen verschiedener Herkunft
 119 und Kulturen aufgebaut ist.

120

121 **Ein Vertrag von dem nur eine Seite profitierte...**

122 Auch in der damaligen DDR wurden Arbeitskräfte aus dem
 123 Ausland angeworben. Unter dem Vorwand der Ausbil-
 124 dung im sozialistischen Bruderstaat wurden Menschen,
 125 nach neoimperialistischer Ideologie, für den eigenen
 126 Zweck ausgebeutet. Insbesondere aus Ländern wie Viet-
 127 nam, Mosambik und Kuba wurden Arbeiter*innen ange-
 128 worben, um den Arbeitskräftemangel in verschiedenen
 129 Sektoren zu beheben, sei es in der Industrie, der Land-
 130 wirtschaft oder im Baugewerbe. Diese Praxis der Anwer-
 131 bung von ausländischen Arbeitskräften war jedoch nicht
 132 frei von Problemen und Widersprüchen. Obwohl offiziell
 133 als solidarischer Akt dargestellt, diente sie auch dazu, die
 134 wirtschaftlichen Interessen der DDR zu fördern und die ei-
 135 gene Produktivität zu steigern. Die Arbeitsbedingungen
 136 für diese ausländischen Arbeitskräfte waren oft unzurei-
 137 chend, und sie wurden häufig schlechter bezahlt als ih-
 138 re einheimischen Kolleg*innen. Darüber hinaus wurden
 139 sie oft von der Gesellschaft isoliert und hatten begrenzte
 140 Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Diese Praxis der An-
 141 werbung von Vertragsarbeiter*innen in der DDR verdeut-
 142 licht, wie auch in sozialistischen Systemen die Ausbeu-
 143 tung von Arbeitskräften im Namen des Staates und seiner
 144 ideologischen Ziele stattfand. Sie zeigt auch, wie Ideolo-
 145 gie und politische Interessen oft dazu verwendet wurden,
 146 um die Rechte und Würde der Arbeitenden zu unterdrü-
 147 cken und auszubeuten. Zudem wird dadurch auch deut-
 148 lich, dass die Diskriminierung migrantisierter Menschen,
 149 und auch Rassismus, den BIPOCs erleben, auch in anderen
 150 Wirtschaftsformen stattfindet.

151

152 **Deshalb fordern wir:**

153 • Die ernstzunehmende Auseinandersetzung und die

Restaurants und Orte, religiöser Wichtigkeit spiegelt die
 Vielfalt und den Einfluss dieser Gemeinschaften wider.
 Doch ihr Einfluss erstreckt sich weit über diesen Bereich
 hinaus. Die Spuren ihrer Arbeit sind auch in der Architek-
 tur zu finden, sei es durch den Bau von Wohnhäusern, Fa-
 briken oder öffentlichen Einrichtungen. Darüber hinaus
 prägen sie das kulturelle Leben der Stadt durch Festivals,
 Märkte und kulturelle Veranstaltungen, die ihre Traditio-
 nen und Bräuche zelebrieren. Die Gastarbeitenden haben
 nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung Berlins, son-
 dern auch zu einem Gefühl der Gemeinschaft und des Zu-
 sammenhalts beigetragen, indem sie Solidarität unterein-
 ander sowie mit den Einheimischen gefördert haben. Ihre
 Erfahrungen und Geschichten sind integraler Bestandteil
 der Berliner Identität und erinnern uns daran, dass unsere
 Stadt auf dem Einsatz und den Beiträgen von Menschen
 verschiedener Herkunft und Kulturen aufgebaut ist.

Ein Vertrag von dem nur eine Seite profitierte...

Auch in der damaligen DDR wurden Arbeitskräfte aus dem
 Ausland angeworben. Unter dem Vorwand der Ausbil-
 dung im sozialistischen Bruderstaat wurden Menschen,
 nach neoimperialistischer Ideologie, für den eigenen
 Zweck ausgebeutet. Insbesondere aus Ländern wie Viet-
 nam, Mosambik und Kuba wurden Arbeiter*innen ange-
 worben, um den Arbeitskräftemangel in verschiedenen
 Sektoren zu beheben, sei es in der Industrie, der Land-
 wirtschaft oder im Baugewerbe. Diese Praxis der Anwer-
 bung von ausländischen Arbeitskräften war jedoch nicht
 frei von Problemen und Widersprüchen. Obwohl offiziell
 als solidarischer Akt dargestellt, diente sie auch dazu, die
 wirtschaftlichen Interessen der DDR zu fördern und die ei-
 gene Produktivität zu steigern. Die Arbeitsbedingungen
 für diese ausländischen Arbeitskräfte waren oft unzurei-
 chend, und sie wurden häufig schlechter bezahlt als ih-
 re einheimischen Kolleg*innen. Darüber hinaus wurden
 sie oft von der Gesellschaft isoliert und hatten begrenzte
 Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Diese Praxis der An-
 werbung von Vertragsarbeiter*innen in der DDR verdeut-
 licht, wie auch in sozialistischen Systemen die Ausbeu-
 tung von Arbeitskräften im Namen des Staates und seiner
 ideologischen Ziele stattfand. Sie zeigt auch, wie Ideolo-
 gie und politische Interessen oft dazu verwendet wurden,
 um die Rechte und Würde der Arbeitenden zu unterdrü-
 cken und auszubeuten. Zudem wird dadurch auch deut-
 lich, dass die Diskriminierung migrantisierter Menschen,
 und auch Rassismus, den BIPOCs erleben, auch in anderen
 Wirtschaftsformen stattfindet.

Deshalb fordern wir:

- Die ernstzunehmende Auseinandersetzung und die Verstetigung der Auseinandersetzung mit dem Le-

154 Verstetigung der Auseinandersetzung mit dem Le-
155 ben der sogenannten Gast- und Vertragsarbeiter*in-
156 nen innerhalb unseres Verbandes, aber auch gesell-
157 schaftlich.

- 158 • Ausweitung von Orten der Begegnung verschiede-
159 ner Generationen von sog. Gastarbeitenden und ih-
160 ren Nachkommen
- 161 • Die Einführung eines wiederkehrenden Feiertags
162 für die Verabschiedung zahlreicher Anwerbeabkom-
163 men. Ein mögliches Datum wäre der 30. Oktober
164 1961, der Tag, an dem das deutsch-türkische Anwer-
165 beabkommen beschlossen wurde. Vor allem dieses
166 Anwerbeabkommen prägt das Stadtbild noch bis
167 heute.
- 168 • Vorbereitung und Durchführung eines Staatsaktes
169 zum 65.-jährigen Jubiläum des deutsch-türkischen
170 Anwerbeabkommens
- 171 • Die historische Auseinandersetzung mit dem Un-
172 recht, dass den Vertragsarbeiter*innen in der DDR
173 widerfuhr

174
175
176
177

ben der sogenannten Gast- und Vertragsarbeiter*in-
nen innerhalb unseres Verbandes, aber auch gesell-
schaftlich. **Wir begrüßen dazu die geplante Errich-
tung eines Migrationsmuseum und Dokumentati-
onszentrum in Berlin.**

- Ausweitung von Orten der Begegnung verschiede-
ner Generationen von sog. Gastarbeitenden und ih-
ren Nachkommen
- Die Einführung eines wiederkehrenden Feiertags
für die Verabschiedung zahlreicher Anwerbeabkom-
men. Ein mögliches Datum wäre der 30. Oktober, **da
am 30. Oktober** 1961 das deutsch-türkische Anwer-
beabkommen beschlossen wurde. Vor allem dieses
Anwerbeabkommen prägt das Stadtbild noch bis
heute.
- **Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder
des Bundestags sowie des Abgeordnetenhauses auf,
sich für die** Vorbereitung und Durchführung eines
Staatsaktes zum 65.-jährigen Jubiläum des deutsch-
türkischen Anwerbeabkommens **einzusetzen.**
- Die historische Auseinandersetzung mit dem Un-
recht, dass den Vertragsarbeiter*innen in der DDR
widerfuhr